Verordnung über den öffentlichen Verkehr (VöV) ¹⁾

Gestützt auf Art. 36 des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr im Kanton Graubünden vom 7. März 1993 ²⁾

von der Regierung erlassen am 23. August 1994

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 ³⁾

Beitragsgesuche für Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs sind dem zuständigen Departement einzureichen. Beitragsgesuche

Art. 2 ⁴⁾

¹ Die Beitragszusicherung erfolgt im Rahmen der kantonalen Finanzordnung durch die Regierung oder das Departement. Beitragszusicherung

² Das Departement ist für die Zusicherung von Beiträgen bis 100 000.– Franken zuständig.

Art. 3

¹ Beiträge werden nur ausbezahlt, wenn diese zugesichert worden sind. Auszahlung und Abrechnung

² ⁵⁾ Die Abrechnungen sind der Fachstelle ⁶⁾ für den öffentlichen Verkehr einzureichen. Diese prüft die Belege und entrichtet die Beiträge.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5033; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

²⁾ BR 872.100

³⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5033; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

⁴⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5033; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

⁵⁾ Fassung gemäss RB vom 5. Mai 1998

⁶⁾ Ab 1. Januar 2008 Amt für Energie und Verkehr, vgl. RB-Nr. 630 vom 22. Mai 2007

II. Angebot der öffentlichen Strassentransportdienste

Art. 4

Grundsatz

¹ Die Basis- und Zusatzerschliessung durch die öffentlichen Strassentransportdienste im überregionalen und regionalen Verkehr richtet sich nach der Einwohnerzahl und der Anzahl Arbeitsplätze. Zusätzlich sind insbesondere die Struktur der Bevölkerung, die Logiernächte, die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse sowie die Verkehrsbeziehungen zu zentralen Orten mitzubersichtigen.

² Die für die Basis- und Zusatzerschliessung massgebenden Erhebungen erfolgen innerhalb einer klar abgegrenzten Verkehrsregion. Diese Verkehrsregionen umfassen funktional zusammenhängende Räume (Zonen) und bestehen in der Regel aus mehreren Gemeinden im Einzugsgebiet einer Linie.

Art. 5

Bahnanschluss

Werden Gemeinden gleichzeitig durch die Bahn und die öffentlichen Strassentransportdienste verkehrsmässig erschlossen, ist dies für die Ermittlung der Basis- und Zusatzerschliessung angemessen zu berücksichtigen.

Art. 6

Festsetzung des Angebotes und Abgrenzung der Regionen

Die Kriterien für die Bemessung des abgeltungsberechtigten Angebotes der öffentlichen Strassentransportdienste im überregionalen und regionalen Verkehr sowie die Abgrenzung der Verkehrsregionen sind in den Anhängen 1 und 2 aufgeführt.

III. Kantonsbeiträge an den Bau von Park-and-ride-Anlagen und Anschlussgleisen

Art. 7¹⁾

Art. 8²⁾

2. Anrechenbare Kosten

¹ ³⁾Anrechenbar sind die Kosten der für die Benutzerinnen und Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel bestimmten Parkplätze. Sie umfassen in der Regel die Kosten für den Landerwerb, die Projektierung, die Erschliessung und die Erstellung der Parkplätze sowie die Kosten der Einrichtungen für die Parkzeitkontrolle und Gebührenerhebung.

¹⁾ Aufgehoben gemäss RB vom 27. November 2007; tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

²⁾ Fassung gemäss RB vom 5. Mai 1998

³⁾ Fassung gemäss RB vom 14. November 2000

² Das zuständige Departement bestimmt die anrechenbaren Kosten im Einzelfall.

Art. 8a¹⁾

¹ ²⁾ Die Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber erlassen für die Benützung der Park-and-ride-Anlagen Betriebsreglemente, die dem zuständigen Departement zur Kenntnis zu bringen sind. Sie sorgen namentlich dafür, dass die für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel bestimmten Parkplätze nicht von Unbefugten belegt werden.

3. Betriebsreglement und Rückerstattung der Beiträge

² Bei zweckwidriger Nutzung von Park-and-ride-Anlagen wird die Rückerstattung des gewährten Kantonsbeitrages unverzüglich fällig.

Art. 9

¹ An den Bau oder die Erneuerung von Anschlussgleisen entrichtet der Kanton in der Regel nur Beiträge, wenn der anschliessenden Bahn aus der Bedienung des Anschlussgleises kein finanzieller Verlust entsteht.

Anschlussgleise:
1. Wirtschaftlichkeitsnachweis

² Besteht ein erhebliches öffentliches Interesse für den Bau oder die Erneuerung eines Anschlussgleises, können Beiträge auch gewährt werden, wenn der Wirtschaftlichkeitsnachweis nicht erbracht werden kann.

Art. 10

¹ Anrechenbar sind die Kosten für die Projektierung, die Vorbereitung und den Bau der Anschlussgleise sowie alle Aufwendungen für die feste eisenbahntechnische Ausrüstung.

2. Anrechenbare Kosten

² Bei der Erneuerung bestehender Gleise ist nur die Gesamtanierung eines Gleisabschnittes anrechenbar.

Art. 11

¹ ³⁾ An die anrechenbaren Kosten für den Bau oder die Erneuerung von Anschlussgleisen werden folgende Beiträge entrichtet:

3. Bemessung der Beiträge

a) Stammgleise	30 Prozent
b) Verbindungsgleise	15 – 30 Prozent
c) Ladegleise	15 – 30 Prozent

² Die Bemessung der Beitragssätze für Verbindungs- und Ladegleise richtet sich nach der durchschnittlichen Transportdistanz der Güter mit der Bahn auf Kantonsgebiet sowie nach den über das Anschlussgleise jährlich umgeschlagenen Tonnagen oder den umgeschlagenen Wagenladungen.

³ ... ⁴⁾

1) Bisher Artikel 8^{bis}

2) Fassung gemäss RB vom 14. November 2000

3) Fassung gemäss RB vom 14. November 2000

4) Aufgehoben gemäss RB vom 5. Mai 1998

Art. 12

Gemeinsame Bestimmungen

¹ Soweit das Gesetz über den öffentlichen Verkehr oder diese Verordnung nichts anderes bestimmen, gelten für die kantonalen Beiträge an Park-and-ride-Anlagen und Anschlussgleise die Bestimmungen des Bundesrechtes.

² Der Kanton kann seine Beiträge an zusätzliche Bedingungen und Auflagen knüpfen oder zu günstigeren Bedingungen gewähren.

IV. Fahrplanverfahren**Art. 13**

Fahrplanbehörden

¹ ¹⁾ Kantonale Behörde im Rahmen des Fahrplanverfahrens ist das zuständige Departement. Es regelt namentlich die Einzelheiten für die Anhörung der interessierten Kreise und bestimmt die entsprechenden Fristen.

² ²⁾ Regionale Behörden im Rahmen des Fahrplanverfahrens sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Fahrplanregionen. Diese werden von der Regierung für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

Art. 14 ³⁾

Fahrplanregionen

¹ Der Kanton wird in folgende Fahrplanregionen eingeteilt:

- a) Fahrplanregion 1: Stadt Chur, Kreise Fünf Dörfer und Maienfeld;
- b) Fahrplanregion 2: Prättigau und Landschaft Davos;
- c) Fahrplanregion 3: Schanfigg;
- d) Fahrplanregion 4: Stadt Chur, Kreis Rhäzüns, Gemeinden Felsberg und Tamins;
- e) Fahrplanregion 5: Heinzenberg-Domleschg und Hinterrhein;
- f) Fahrplanregion 6: Mesolcina und Calanca;
- g) Fahrplanregion 7: Mittelbünden;
- h) Fahrplanregion 8: Surselva;
- i) Fahrplanregion 9: Engadin, Val Müstair, Bregaglia;
- j) Fahrplanregion 10: Poschiavo und Brusio.

² Für die Zuordnung der Gemeinden zu den Fahrplanregionen gilt Anhang 2 dieser Verordnung.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5033; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

²⁾ Fassung gemäss RB vom 14. November 2000

³⁾ Fassung gemäss RB vom 14. November 2000

Art. 15¹⁾

V. Personenbeförderungsregal²⁾

Art. 16³⁾

Kantonale Aufsichts- und Bewilligungsbehörde gemäss Artikel 36 der Bundesverordnung über die Personenbeförderungskonzession ist das zuständige Departement.

Kantonale
Aufsichts- und
Bewilligungs-
behörde

Art. 17⁴⁾

Für die Bewilligungspflicht sowie für die Erteilung, die Erneuerung, die Übertragung, die Änderung, den Verzicht, den Widerruf und die Dauer von kantonalen Bewilligungen gelten die Bestimmungen des Bundesrechtes.

Bewilligungs-
pflicht und
kantonale Be-
willigungen

Art. 18⁵⁾

Das Departement kann für Amtshandlungen gemäss Artikel 16 und Artikel 17 dieser Verordnung Gebühren erheben. Die Kostenpflicht und die Bemessung der Gebühren richten sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz⁶⁾.

Gebühren

1) Aufhebung gemäss RB vom 16. Februar 1999

2) Einfügung gemäss RB vom 2. Juli 1996; am 15. Juli 1996 in Kraft getreten

3) Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5033; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

4) Einfügung gemäss RB vom 2. Juli 1996; am 15. Juli 1996 in Kraft getreten

5) Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5034; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

6) BR 370.100

Art. 19¹⁾

VI. Schlussbestimmungen²⁾

Art. 20³⁾

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1995 in Kraft.

¹⁾ Aufgehoben gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5034; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

²⁾ Einfügung gemäss RB vom 2. Juli 1996; am 15. Juli 1996 in Kraft getreten

³⁾ Neue Artikelnummer gemäss RB vom 2. Juli 1996; am 15. Juli 1996 in Kraft getreten; vormals Art. 16

Anhang 1

Richtwerte für die Bemessung des abgeltungsberechtigten Angebotes der öffentlichen Strassentransportdienste im überregionalen und regionalen Verkehr

Erschliessungsformen	Basiserschliessung	Zusatzerschliessung	Feinerschliessung
Abgrenzung der Nachfrage nach Einwohnern und Arbeitsplätzen in den Zonen			
Dünnbesiedeltes Gebiet = ≤ 500 Einwohner oder Arbeitsplätze	4-5 Kurspaare	bis 10 Kurspaare	ab 11 Kurspaare
Ländliches Gebiet = 501-2000 Einwohner oder Arbeitsplätze	6-10 Kurspaare	bis 18 Kurspaare	ab 19 Kurspaare
Dichtbesiedeltes Gebiet = > 2000 Einwohner oder Arbeitsplätze	11-18 Kurspaare	bis 36 Kurspaare	ab 37 Kurspaare
Zusätzliche Kriterien	–	a) Struktur der Bevölkerung b) Anzahl Logiernächte c) Mobilitätsbedürfnisse d) Verkehrsbeziehungen zu zentralen Orten e) Bahnanschluss	–
Abgeltungsbeurteilung	Ja	Ja	Nein

Anhang 2 ¹⁾ (Art. 6 und Art. 14)

Zone	Fahrplanregion	Gemeinden
1 ²⁾	1	Chur Haldenstein Trimmis
2	1	Igis Mastrils Untervaz Zizers
3	1	Malans
4	1	Fläsch Jenins Maienfeld
5	2	Fanas Grüsch Schiers Seewis i.P. Valzeina
6 ³⁾	2	Conters i.P. Küblis Luzein Saas i.P. St. Antönien
7	2	Fideris Furna Jenaz
8	2	Klosters-Serneus
9	2	Davos
10 ⁴⁾	3	Calfreisen Castiel Lüen Maladers Molinis St. Peter- Pagig

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 14. November 2000

²⁾ Fassung gemäss RB vom 27. November 2007; tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

³⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5034; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

⁴⁾ Fassung gemäss RB vom 27. November 2007; tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

11	3	Langwies Peist
12	3	Arosa
13	3	Tschiertschen Praden
Siehe Zone 1	4	Chur
14	4	Domat/Ems
15	4	Felsberg
16	4	Tamins
17	4	Bonaduz Rhäzüns
18	5	Almens Feldis/Veulden Fürstenu Paspels Pratval Rodels Rothenbrunnen Scharans Scheid Trans Tumegl/Tomils
19	5	Cazis Portein Präz Sarn Tartar
20	5	Flerden Masein Rongellen Thusis Tschappina Urmein
21	5	Mutten Sils i.D.
22 ¹⁾	5	Casti-Wergenstein Donat Lohn Mathon Zillis-Reischen

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5034; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

23	5	Adeer Clugin Pignia
24 ¹⁾	5	Avers Ferrera
25 ²⁾	5	Hinterrhein Nufenen Splügen Sufers
26	6	Cama Lostallo Mesocco Soazza
27	6	Castaneda Grono Leggia Roveredo San Vittore Sta. Maria i.C. Verdabbio
28	6	Arvigo Braggio Buseno Cauco Rossa Selma
29	7	Malix
30	7	Churwalden Lantsch/Lenz Parpan Vaz/Obervaz
31	7	Alvaschein Mon Stierva Surava Tiefencastel
32	7	Alvaneu Brienz/Brinzauls Schmitten Wiesen

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 27. November 2007; tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

²⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5034; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

33	7	Bergün/Bravuogn Filisur
34	7	Cunter Riom-Parsonz Salouf Savognin Tinizong-Rona
35	7	Bivio Marmorera Mulegns Sur
36	8	Trin
37	8	Flims
38	8	Falera Laax Sagogn Schluein
39	8	Valendas Versam
40	8	Safien Tenna
41	8	Castrisch Ilanz Ladir Pigniu Pitasch Riein Rueun Ruschein Schnaus Sevgein Siat
42 ¹⁾	8	Duvin St. Martin Suraua
43	8	Vals
44	8	Cumbel Degen Morissen Vignogn Vella

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anpassung von Regierungsverordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz; AGS 2006, KA 2006_5034; am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

45	8	Vrin Lumbrein
46	8	Flond Luven Obersaxen Surcuolm
47	8	Andiast Breil/Brigels Waltensburg/Vuorz
48	8	Schlans Sumvitg Trun
49	8	Disentis/Mustér Medel (Lucmagn)
50	8	Tujetsch
51	9	Zernez
52	9	Ardez Guarda Lavin Susch
53	9	Ftan Scuol Sent Tarasp
54	9	Ramosch Tschlin
55	9	Samnaun
56	9	Fuldera Lü Müstair Sta. Maria V.M. Tschierv Valchava
57	9	La Punt Chamues-ch Madulain S-chanf Zuoz
58	9	Bever Celerina/Schlarigna Samedan
59	9	St. Moritz
60	9	Pontresina
61	9	Sils i.E./Segl Silvaplana

62	9	Bondo Castasegna Soglio Stampa Vicosoprano
63	10	Poschiavo
64	10	Brusio